

1 Europäische Identitäten in räumlichen Nutzungskonflikten – konzeptionelle Vorüberlegungen

Europäische Identitäten als soziales Konstrukt

Der Rekurs auf Europäische Identitäten, gedacht im Sinne einer kollektiv geteilten Bedeutungszuschreibung zum sozialen Konstrukt „Europa“, hat sich zuletzt als eine Perspektive etabliert, die im interdisziplinären Schnittfeld von Politischer Theorie und Sozialtheorie, von Europäischer Soziologie und Kulturanthropologie sowie in zunehmendem Maße auch in der Humangeographie eine lebhaft diskussion stimuliert (Amin 2004a; Painter 2008a; Reuber 2006; Sassatelli 2006; Turner 2004). Debatten, die im Zusammenhang mit den Gefühlen der Zugehörigkeit zu Europa, den Ausdrucksformen sowie der Performanz von Identitätspolitik geführt werden, durchschreiten zentrale Perspektiven politischer Geographien und fordern konzeptionelle Neuordnungen sowie die weitere Öffnung der Teildisziplin für kritische Kulturtheorien ein (Antonsich 2008; Barnett 2001; Raento et al. 2004; Young, Light 2001). Dabei stellt sich, bezugnehmend auf jüngere Debatten der kritischen angelsächsischen Humangeographie¹, die theoretisch inspirierte Frage, wie die Beziehung zwischen Identitäten und der Repräsentation von politischen Interessen analytisch verstanden werden kann. Untersuchungen, die sich mit den Aushandlungs- und Artikulationsprozessen kollektiver politischer Identitäten in sozialen und politischen Bewegungen (Cox et al. 2008b; Routledge 2008; Ward 2007) oder in lokalen und regionalen Entwicklungsstrategien beschäftigen (Andolina et al. 2005; Waage 2001), fordern ebenso wie Studien zur symbolischen Bedeutung und identitätsstiftenden Rolle von Architektur (Delanty, Jones 2002) eine sozialtheoretische Neupositionierung der Debatten um politische Identitäten ein. Diese soll sich, wie Collyer (2006) und Salzbrunn (2004) exemplarisch an der Diskussion transnationaler politischer Arenen sowie der Repräsentation von transnationalen Migranten im öffentlichen Raum argumentieren, auf die Betrachtung symbolischer und strategischer Bedeutungszuschreibungen und die Rolle von Identitätspolitik für kollektive politische Handlungen konzentrieren. Sozi-

1 Autoren wie Ash Amin und Nigel Thrift beschäftigen sich mit den Konsequenzen, die sich durch den Einschluss von Identitätspolitik für Fragestellungen der Sozial- und Kulturgeographie im Allgemeinen und die Diskussion politischer Forderungen im Speziellen ergeben (Amin, Thrift 2005, 2007).

algeographische Diskussionen können an diese Forderungen anknüpfen und die Debatten um imaginäre Bindungen an räumliche Konstruktionen und Orte mit der Bedeutung von politischen Identitäten verbinden (Robinson 2008; Ward 2007). Paul Routledge (2008) zufolge stellen politische Identitätskonstrukte, die durch multiple Skalen und mit multiplen Anderen ausgehandelt werden, eine wichtige Quelle der Vergemeinschaftung dar und können als interessante Perspektive für die humangeographische Untersuchung von kollektiven politischen Handlungen betrachtet werden. Dies ist insbesondere der Fall, wenn politische Identitäten und Identitätspolitiken aus einer europäischen Perspektive, d.h. aus dem Blickwinkel des sozialen Konstrukts europäischer Identität, betrachtet werden.

Es erscheint äußerst aufschlussreich, dass im Vergleich zu anderen sozialwissenschaftlichen Teildisziplinen nicht nur die angelsächsische, sondern auch die deutschsprachige Humangeographie lange Zeit die Debatte um soziale Konstruktionen Europas und der Europäischen Union, der politischen Projektion der EU sowie den Aushandlungsprozessen der „spatialities of Europeanisation“ (Clark, Jones 2008) vernachlässigte². Jüngere Beiträge zur Diskussion europäischer Identitäten und Bedeutungszuschreibungen Europas schließen jedoch zunehmend diese Lücke und reflektieren z.B. die hegemonialen Machtrelationen in der Europäischen Union (Bachmann, Sidaway 2009; Clark, Jones 2008), Fragen der Grenzregime (Bach 2006; Lenz et al. 2007; Reuber, Wolkersdorfer 2005) oder auch die sich verändernde Rolle des Nationalstaates mit der Etablierung einer identitätspolitisch aufgeladenen und als praktische Ressource konzipierten Unionsbürgerschaft oder *European Citizenship* (Bauböck 2005; Benhabib 2003; Janoschka 2008; Nanz 2009). Andererseits wird vielfach betont, dass sich nationale Identitätskonstruktionen durch den wachsenden Bezug auf ‚Europa‘ verändern und sukzessive die Entwicklung von postnationalen Identitäten einsetzt (Antonsich 2008; Blokker 2008; Eder 2006; Grundy, Jamieson 2007; Kantner 2006). Einigen Autoren zufolge führe die wachsende Bedeutung der europäischen Integration in wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Fragen zu einer postnationalen Ära, welche durch alltägliche Praktiken und Routinen die Entwicklung einer Europäischen Zivilgesellschaft und Europäischer Identität befördere (Knodt, Finke 2005). Dieser Perspektive stehen jedoch auch pessimistische Äußerungen gegenüber, die das Fehlen einer europaweiten Öffentlichkeit beklagen und der These einer quasi-automatisch fortschreitenden Vertiefung der Europäischen Zivilgesellschaft widersprechen (Habermas 2008).

Anders als bei Studien zur Identitätspolitik in Feldern der Jugend- oder Subkultur oder auch der Diskussion subversiver und radikaler politischer und sozialer

2 In der internationalen geographischen Diskussion ist die Beschäftigung mit Zusammenhängen zwischen Akteuren, Räumen und Skalen erst in den vergangenen Jahren um eine explizite europäische Perspektive erweitert worden (vgl. Agnew 2001, 2005; Amin 2004a; Bialasiewicz et al. 2005; Featherstone, Radaelli 2003; Paasi 2001, 2005). Auch in der deutschsprachigen Debatte haben Fragen der europäischen Identität erst kürzlich eine zunehmende Bedeutung erfahren, insbesondere im Rahmen der *Critical Geopolitics* (Heeg, Ossenbrügge 2001; Jordan 2004; Reuber et al. 2004; Reuber et al. 2005).

Bewegungen stützen sich die Debatten zur Konstruktion europäischer Identitäten oftmals auf zumindest elitär anmutende Perspektiven. Sie stellen die Identitätskonstruktionen als einen ‚top down‘-gesteuerten Prozess dar und beziehen sich in erster Linie auf die Untersuchung der EU-Institutionen, der EU-Beamten oder auf Elitemigranten, die als Prototyp und Verkörperung eines ‚europäischen‘ Lebensstils betrachtet werden (Beaverstock 2005; Checkel, Katzenstein 2009; Favell 2008; Hermann, Brewer 2004; Laffan 2004; Wodak 2004). Erst in jüngster Zeit wird das Konstrukt der europäischen Identität auch aus einer Perspektive betrachtet, welche die alltagsweltlichen Erfahrungen, Aushandlungsprozesse und Zuschreibungen zu Europa im Sinne eines alltäglichen ‚Geographie-Machens‘ in den Mittelpunkt stellt (Grundy, Jamieson 2007). Die Rolle der europäischen Institutionen bei der Austragung räumlicher Nutzungskonflikte in transnationalen Arenen ist hingegen bislang nicht ausdrücklich analysiert worden.

An dieser Stelle setzt der vorliegende Band an und trägt so zur Diskussion der Rolle ‚Europas‘ in politischen Debatten und der Austragung räumlich-politischer Konflikte ebenso wie für das alltägliche ‚Geographie-Machen‘ der Bürger im gelebten Europa bei. Dies wird nachfolgend anhand einer theoriegeleiteten sozialgeographischen Diskussion erfolgen, die sich im weiteren Verlauf auch auf die empirische Analysefolie eines wirkmächtigen räumlichen Nutzungskonflikts bezieht. In diesem tragen kosmopolitische und zur europäischen Bildungs- und Wirtschaftselite zählende transnationale Akteure eine zunächst lokale Auseinandersetzung um die Inwertsetzung von Bauerwartungsland an der spanischen Mittelmeerküste auf eine ‚europäische‘ Ebene und aktivieren politische Ressourcen des Gemeinschaftsrechts. Unter dem Bezug auf ‚kulturell‘ markierte Ein- und Ausschließungsprozesse werden gruppenspezifische Grenzziehungen identitätspolitisch aufgeladen und der Konflikt so in ein identitätspolitisches Terrain überführt. In diesem wird der Konstruktion europäischer Identitäten eine erhebliche Bedeutung beigemessen.

*Europäische Identität als Ressource in räumlichen Nutzungskonflikten:
Zur Reformulierung der Geographischen Konfliktforschung*

Die Untersuchung räumlicher Nutzungskonflikte besitzt in der deutschsprachigen Politischen Geographie eine langjährige Tradition und hat zur Etablierung einer Geographischen Konfliktforschung beigetragen, die sich unter anderem mit Aushandlungsprozessen von strategischen Raumbildern, Verräumlichungen von städtischen Entwicklungsstrategien, Governance-Konflikten oder mit Auseinandersetzungen um konkrete Bauvorhaben beschäftigt³. Im Gegensatz hierzu wurde, anders als im Kontext angelsächsischer Studien⁴ und von wenigen Ausnahmen abge-

3 Wichtige Beiträge lieferten u.a. Ossenbrügge (1983); Reuber (1999, 2001); Schmid (2002), Schmitt (2004) und Gebhardt (2001, 2008).

4 vgl. eine Reihe von Beiträgen in den Sammelbänden von Cox et al. (2008a); della Porta, Tarrow (2004) und Khagram, Levitt (2008), darüber hinaus auch die Artikel von Featherstone

sehen (Soyez 2001), die Untersuchung transnationaler politischer und sozialer Bewegungen bislang weitgehend vernachlässigt. Gerade transnationale politische und soziale Proteste besitzen aber das Potenzial, politische Geographien als Resultat der vielschichtigen Prozesse der (neoliberalen) Globalisierung zu betrachten (Aminzade et al. 2001; Leitner et al. 2008). Ihre durch die Staatsgrenzen hindurch schreitenden Koordinationsformen können als Konsequenz einer Transnationalisierung der gelebten und angeeigneten Alltagswelt analysiert werden, die neue identitätspolitische Ausdrucksformen induziert (Brand, Wissen 2005; Saey et al. 2001). Politische Identitäten werden dabei als eine performative Ressource betrachtet, die in räumlich-politischen Konflikten strategisch eingesetzt wird. In der theoretischen und empirischen Analyse steht demzufolge im Mittelpunkt, wie transnationale politische Bewegungen und transnationale NGOs „inhabit a political space outside of formal national politics [...] and address a range of institutions across a variety of geographic scales“ (Routledge 2008, 336). Wie Sparke (2008) zum Ausdruck bringt, inspiriert die identitätspolitische Perspektive insbesondere Forschungen, die sich mit subalternen bzw. gegen-hegemonialen Praktiken beschäftigen und die Beziehungen zwischen gesellschaftlicher Partizipation und individuellem bzw. kollektivem Empowerment diskutieren. Katz (2004) zeigt dabei auf, wie ein oppositionelles Bewusstsein und Widerstand die sozialen Organisationsmechanismen und die politischen Machtverhältnisse verändern kann. Soziale und politische Bewegungen sind demzufolge in der Lage erhebliche Transformationsprozesse zu initiieren und zu befördern (Brown 2008; Castree et al. 2008; Kriesberg 2008).

Dieser Band lenkt im weiteren den Blick auf die Artikulationen, welche Konzeptionen von Identität und speziell europäischer Identität für die Verhandlung von räumlich-politischen Konflikten besitzen, die sich von der privaten Ebene bis zu transnationalen europäischen Arenen erstrecken. Dabei wird diskutiert, welche analytischen Möglichkeiten die Perspektive der Identitätspolitik als Quelle der Vergemeinschaftung für kollektive politische Aktivitäten des Protests eröffnet. Europäische Identitätskonstruktionen werden als performativ betrachtet, d.h. sie ergeben sich und erhalten ihre Wirkmächtigkeit erst durch die Anwendung und Reifizierung im politischen Konflikt und werden durch eine als *Doing Identity* bezeichnete strategische Praxis mit Inhalten gefüllt. Politische Identitätskonstruktionen können demnach als eine Ressource in der Austragung von räumlich-politischen Konflikten betrachtet werden. Dieser Zusammenhang befördert die Reformulierung einiger Thesen und Perspektiven der Politischen Geographie im Allgemeinen und der Geographischen Konfliktforschung im Speziellen. Die Diskussion knüpft dabei an die Tradition der deutschsprachigen politisch-geographischen Konfliktforschung an, entwickelt den Forschungszweig aber konzeptionell weiter. Ihre Fortschreibung erfolgt nicht nur durch die Diskussion von Konstruktionen europäischer Identität, sondern auch mittels einer sozialtheoretischen Positionierung, welche die identitätspolitischen Strategien als einen Ausdruck von divergierenden habituellen Dispositionen interpretiert, welche im

(2003); Nicholls (2009) oder Ward (2007).

räumlichen Nutzungskonflikt aufeinandertreffen und teils diametral gegensätzliche Interpretationen der ‚sozialen Welt‘ hervorrufen. Mit dieser Perspektive wird die vorliegende Arbeit in der Tradition eines praxistheoretischen Weltbildes verortet, welches im weiteren Sinne an die von Benno Werlen (1995, 1997, 1999, 2000, 2007) vollzogene und zunächst kontrovers debattierte handlungstheoretische Neuformulierung der Sozialgeographie anknüpft (vgl. Meusburger 1999). Sie reflektiert aber auch die umfassende Bourdieu-Rezeption und die weitere Rezeptionsgeschichte des praxeologischen Weltbildes in der deutschsprachigen und angelsächsischen Humangeographie und verbindet sie mit der im Zuge des *Cultural Turn*⁵ in der angelsächsischen und deutschsprachigen Kulturgeographie erfolgten Reformulierung des Verständnisses von kulturell markierten Praktiken.

*Praxistheoretische Vorüberlegungen:
Die Rolle des Habitus in räumlichen Nutzungskonflikten*

Erst in jüngerer Zeit haben humangeographische Arbeiten das praxeologische Weltbild des französischen Soziologen Pierre Bourdieu (1976, 1982, 1983, 1992a, 1998, 2001a, 2001b) als eine alternative Perspektive für die Diskussion kultur- und sozialgeographischer Fragestellungen (wieder-)entdeckt⁶. Die Bedeutung der theoretischen Überlegungen Bourdieus zur Erklärung gesellschaftlicher Sachverhalte und als Beitrag zur Überwindung der sozialtheoretischen Dichotomie von Strukturalismus und Individualismus ist zwar unbestritten. In Teilen der Humangeographie führte die Praxistheorie aber zu kontroversen Debatten, die sich insbesondere an den fehlenden methodischen Zugängen für empirische Untersuchungen, einer kulturalistischen Sicht auf vermeintliche vorsoziale Gegebenheiten in der Feldtheorie sowie einer deterministischen Perspektive Bourdieus auf das von ihm verwendete Konzept des sozialen Raums entzündeten (Cresswell 2002; Lossau, Lippuner 2004; Massey 2005; Painter 2000). Auch die Rezeption des sozialen Kapitals und seine Inwertsetzung in politisch-planerischen Zusammenhängen stieß aufgrund der vollzogenen theoretischen Verengungen und politischen Vergemeinschaftungen auf eine ausgeprägte Kritik sozialwissenschaftlich orientierter Humangeographen (Castiglione et al. 2008; Holt 2008; Mohan, Mohan 2002). Aufgrund der über längere Zeiträume erfolgenden Konzentration theoretischer Debatten auf die Rezeption der von Benno Werlen erfolgreich platzierten Giddenschen Handlungstheorie sowie später der poststrukturalistischen Ideen von Michel Foucault teilt die praxeologische Perspektive Bourdieus das Schicksal anderer

5 Aus der Fülle an Literatur aus dem angelsächsischen Sprachraum sollen an dieser Stelle nur stellvertretend Jackson (1989); Crang (1998); Mitchell (2000) oder Anderson et al. (2003) genannt werden. Für die deutschsprachige Geographie vgl. ebenfalls nur stellvertretend die Beiträge im Sammelband von Gebhardt et al. (2003b); Kemper (2003); Sahr (2003) sowie die weiteren Beiträge in Petermanns Geographische Mitteilungen 2/2003 oder Werlen (2003).

6 vgl. hierzu in der deutschsprachigen Diskussion u.a. die Beiträge von Dirksmeier 2006, 2007, 2009; Dörfler et al. 2003; Lindner 2003; Lippuner 2005a, 2005b; Rothfuß 2006 oder Schmidt 2004.

weiterer Gesellschaftstheorien wie z.B. Luhmanns Systemtheorie⁷ oder Henri Lefebvres Raumdialektiken⁸, denen in der deutschsprachigen Sozialgeographie ebenfalls bis in jüngere Zeit nur eine beschränkte Aufmerksamkeit zuteil wurde (Gelbmann, Mandl 2002).

Anders als im deutschsprachigen Raum setzte in der angelsächsischen Debatte schon zu Beginn des Jahrzehnts eine Fortentwicklung der „dispositionellen Handlungstheorie“ (Rothfuß 2006) Bourdieus als konzeptioneller Referenzrahmen für geographische Fragestellungen ein, u.a. in so vielfältigen Bereichen wie in der Stadtgeographie (insb. bei Debatten um die Gentrifizierung von innerstädtischen Arealen, vgl. Bridge 2001, 2006; Butler, Robson 2001, 2003; Ley 2003; Webber 2007), der Planungstheorie und angewandten Stadtforschung (Hillier, Rooksby 2002a; Pileggi, Patton 2003), der Geographien von Bildung und Erziehung (Weller, Bruegel 2009), der Geographien von Menschen mit Behinderungen (Allen 2004; Crossley 1999), bei der Diskussion von Fragen der Transnationalismus und Migrationsprozessen (Kelly, Lusia 2006; Waters 2006, 2007) sowie in der Rolle, die soziale Bewegungen und politische Beteiligung für gesellschaftliche Veränderungen spielen (Beaulieu 2006; Taylor et al. 2009). Übereinstimmend wird in diesen und anderen Arbeiten⁹ zum Ausdruck gebracht, dass Bourdieus Theorie der Praxis mit ihren grundlegenden Elementen (Habitus, Feld und Kapital) auch in flexiblen, dynamischen sowie von Migrationsprozessen und zunehmend raschen sozialen Veränderungen geprägten postmodernen Gesellschaften eine wichtige Referenz zur Erklärung sozialgeographischer Problemstellungen abgeben kann. So bietet sie Ansatzpunkte für eine Weiterentwicklung, die logische Argumente für die Abschwächung der insbesondere in früheren Arbeiten Bourdieus hervorgehobenen starren Konzeptionen und der Beharrlichkeit von Strukturen und Habitus eruiert. In diesem Zusammenhang sind in Übereinstimmung mit Aspekten der im späten Werk von Pierre Bourdieu selbst geäußerten Dynamiken einige Vorschläge unterbreitet worden, die sich mit einer stärkeren Konzentration auf die im Entwurf einer Theorie der Praxis bereits impliziten dynamischen Dispositionen des Habitus befassen (Lawler 2004; McDonough 2006; Moore 2008; Wainwright et al. 2006). Eine Reihe von Autoren wie z.B. Dick (2008); Goringe, Rafael (2007) oder Illouz, John (2003) wenden dabei Habitus als Rahmen für die Analyse sozialer und politischer Konflikte an. In dieser Hinsicht sticht die von Crossley (2002, 2003) vorgeschlagene Perspektive radikaler Reflexivität des Habitus als Grundlage zur Reformulierung der Praxistheorie im Zusammenhang transnationaler politischer Bewegungen als vielversprechender analytischer Ausgangspunkt dieses Bandes hervor.

Wie noch ausführlich geschildert wird, dienen alternative Konzeptionen des Habitus als Bindeglied zur sozialtheoretischen Verankerung der Diskussion um die Konstruktionen europäischer Identitäten und zur Erklärung ihrer Anwendung

7 vgl. Egner 2008; Goeke 2007; Hard 1986; Pott 2005.

8 vgl. Schmid 2005.

9 vgl. hierzu auch die Diskussionen von Friedmann 2002; Hillier, Rooksby 2002b; Holt 2008; Kraus, Gebauer 2002 und Sweetman 2003.

im räumlichen Nutzungskonflikt. Der vorliegende Band ist also im Feld von praxistheoretischen Ansätzen verortet, wobei der Rekurs auf politische Identitäten, die als Europäische Identität konstruiert werden, als Performanz von Identitätspolitik bzw. als *Doing Identity* verstanden werden. Mit der Diskussion der dispositionellen Handlungstheorie wird so ein Beitrag zur sozialwissenschaftlich orientierten Theoriebildung in der Humangeographie geleistet. Im Laufe der konzeptionellen Diskussion wird erörtert, wie kulturell interpretierte Dimensionen politischer Praxis konzeptionell gefasst und für die empirische Forschungspraxis nutzbar gemacht werden können. Damit sollen die politische Geographie im Allgemeinen sowie speziell die geographischen Forschungen zu räumlichen Nutzungskonflikten um eine neue Perspektive erweitert werden. Zweitens wird dargestellt, wie eine Verknüpfung praxistheoretischer Ansätze mit der konzeptionellen Diskussion identitätspolitischer Aspekte sozialtheoretisch begründet und als strategisch interpretierte Praxis politischen Handelns empirisch in einem als paradigmatisch anmutenden Konflikt um räumliche Nutzungen angewendet werden kann. Bei dieser handelt es sich um eine transnational geprägte und transnational agierende politische Protestbewegung mit dem Namen „*Abusos Urbanísticos No*“¹⁰, die sich unter Bezugnahme auf Ressourcen der EU-Institutionen sowie auf eine europäisch markierte politische Identität gegen die im Baugesetzbuch der Autonomen Gemeinschaft von Valencia im Osten Spaniens festgeschriebenen Erschließungspraktiken von Bauerwartungsland wendet. So soll dieser Band neben der theoretischen Weiterentwicklung der Geographischen Konfliktforschung auch zu einem differenzierten Verständnis des Phänomens der innerhalb Europas von Norden nach Süden gerichteten freizeitorientierten bzw. lebensstilorientierten Migrationsprozessen beitragen und aufzeigen, welche gesellschaftspolitischen Implikationen das ‚gelebte‘ Europa für das alltägliche ‚Politik-Machen‘ besitzt. Dabei geht es auch um die Diskussion der Frage, wie Grenzen entlang kultureller Symboliken permanent produziert, reproduziert und interpretiert werden und so eine Relevanz für das politische Handeln erlangen.

10 In deutscher Übersetzung heißt der Slogan ‚Nein zu städtebaulichen Missbräuchen‘, dies ist die Abkürzung für die am 06. Dezember 2002 beim Amtsgericht in Dénia eingetragene ‚Valenzianische Vereinigung zur Wahrung der Menschenrechte, des Umweltschutzes und gegen die Erschließungsmissbräuche‘. Die Vereinigung wird nachfolgend, entsprechend dem regionalen Sprachgebrauch mit ‚Abusos Urbanísticos No‘, ‚Abusos Urbanísticos‘, ‚Abusos‘ oder ‚AUN‘ abgekürzt. Seit dem Herbst 2002 hat sich die Bürgerinitiative zu einem mächtigen Akteur in der regionalen Baupolitik entwickelt und über den Petitionsausschuss des EU-Parlaments drei parlamentarische Abstimmungen über die Erschließungspraktiken in Spanien bewirkt.

*Zur identitätsstiftenden Rolle Europas im räumlich-politischen Konflikt:
Die Performanz Europäischer Identitäten im Kampf gegen spanische Baugesetze*

Die in den Vorüberlegungen angerissenen konzeptionellen Positionen werden im weiteren Rahmen dieses Bandes zunächst aus einer theoretischen, auf den weitreichenden disziplingeschichtlichen Veränderungen sozialgeographischen Denkens der letzten Dekade aufbauenden Perspektive diskutiert. Diese beginnt mit der Diskussion der praxeologischen Perspektive und ihrer Inwertsetzung für eine geographische Konfliktforschung, die sich mit dem strategischen Rekurs auf Konstruktionen europäischer Identität beschäftigt. In einem weiteren Schritt soll dann aber eine empirische Debatte der theoretischen Annahmen zu Identitätspolitik in räumlichen Nutzungskonflikten durchgeführt werden; und zwar anhand einer spezifischen Dimension politischer Praxis, die sich durch die Forderungen eines transnational verankerten und durch eine Vielzahl geographischer Skalen¹¹ agierenden politischen Protests ergibt. Dieser Konflikt entwickelte sich im Laufe der letzten Dekade und im Kontext gesellschaftlicher Rahmenbedingungen an der spanischen Mittelmeerküste, genauer in der entscheidend von Prozessen einer innerhalb der Europäischen Union erfolgenden und von Norden nach Süden gerichteten „Wohlstandsmobilität“ bzw. „lebensstilorientierten Migrationsprozessen“¹² geprägten ostspanischen Provinz von Alicante. Sie ist mit über 230.000 offiziell registrierten Nord- und Mitteleuropäern das mit Abstand wichtigste Ziel lebensstilorientierter Migrationsprozesse nach Spanien¹³. Dieser spezifischen Mobilität wurde zuletzt in unterschiedlichen Teilbereichen der Sozialwissenschaften eine ausgeprägte Aufmerksamkeit zuteil¹⁴. Sie lässt sich auch als eine praktische Erfahrung der Entfaltungsmöglichkeiten und Freiheiten einer grenzenlosen Europäischen Union charakterisieren, in der Mobilität und Migration insbesondere für die wohlhabenden Bürger miteinander verschmelzen.

Auslöser des in diesem Band eruierten Konflikts ist das in der Autonomen Gemeinschaft von Valencia im Jahr 1994 verabschiedete Baugesetzbuch mit dem

11 Die angelsächsische Debatte um die Bedeutung von Skalen (scales) für das alltägliche Geographie-Machen ist zuletzt auch in der deutschen Stadtforschung und Sozialgeographie reflektiert worden, vgl. hierzu u.a. die Beiträge im Sammelband von Wissen et al. (2008).

12 Schriewer, Encinas (2008) sprechen von *affluence mobility* und Benson, O'Reilly (2009) von *lifestyle migration*, während McIntyre (2009) den Begriff der *amenity migration* benutzt.

13 Inoffizielle Schätzungen gehen aufgrund einer hohen Unter-Registrierung von einer zwei- bis dreimal höheren Zahl aus, d.h. von mehr als 500.000 lebensstilorientierten Migranten aus den EU-Staaten. Insgesamt leben knapp 1,9 Mio. Einwohner in der Provinz, d.h. nach offiziellen Zahlen können also gut 12 Prozent aller gemeldeten Einwohner der Provinz als lebensstilorientierte Migranten bezeichnet werden. Werden die beiden Großstädte Alicante und Elche, in denen die Migration aus den EU-Staaten marginal ist, herausgenommen, ergibt sich ein Anteil von knapp 19 Prozent an der Bevölkerung. In vielen Küstenorten wird dieser Wert aber bei weitem übertroffen (INE 2008, vgl. Kap. 6 dieses Bandes).

14 vgl. u.a. Breuer 2001, 2003; Buck 2005; Casado-Díaz 2006; Echezarreta 2005; Friedrich, Kaiser 2001; Gustafson 2008; King et al. 2000; Oliver 2007; O'Reilly 2000, 2007; Rodriguez et al. 1998, 2004; Warnes 2004.

Namen LRAU¹⁵ sowie das im Februar 2006 als Nachfolgeregelung in Kraft getretene Gesetzbuch LUV¹⁶. Diese regel(te)n die soziale Praxis im Feld der valenzianischen Baupolitik, insbesondere bei der Erschließung von Bauland für zukünftige Einzelhaussiedlungen. Bei der Konfrontation geht es um den Vorwurf der Verletzung universeller und europaweit garantierter Eigentumsrechte durch die Anwendung des Gesetzes. Im Detail existiert ein Spannungsverhältnis zwischen privaten Grundeigentümern, der Bauindustrie und den Stadtverwaltungen, da auf annähernd allen Gemeindeflächen eine städtebauliche Erschließung und Entwicklung von Grundstücken auch gegen den Willen des Besitzers möglich ist. Das Gesetz schränkt die Eigentumsrechte von Privatpersonen derart ein, dass den Bauträgern weitreichende Verfügungsrechte über fremdes Eigentum zugestanden werden. Es trennt das Recht zur städtebaulichen Erschließung eines Grundstücks von der Notwendigkeit des Bodenbesitzes. Jede beliebige Baufirma kann von der Gemeinde die Genehmigung zur Durchführung eines Erschließungsplans erhalten, ohne im entsprechenden Gebiet auch nur über einen einzigen Quadratmeter Grundbesitz zu verfügen. Ein Bauträger darf demnach quasi vom Reißbrett aus die städtebauliche Inwertsetzung von Grundstücken beantragen und muss keine vertragliche Beziehung zu den Eigentümern der betreffenden Flächen besitzen. Die baurechtlichen Konsequenzen aus diesem Zusammenhang und die sich ergebenden Problemlagen führen zu einer fundamentalen Unsicherheit für Immobilieneigentümer, was anhand eines Beispiels deutlich wird: Das britische Ehepaar Patricia und Paul Dicken¹⁷ lebt seit dem Jahr 1993 in ihrem etwa zwei Kilometer von der Küste entfernten Haus nördlich von Alicante. In ihrer direkten Nachbarschaft genehmigte die Gemeinde im Jahr 2002 den Bau einer Neubausiedlung. Nun fordert der Investor in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Regelungen eine Beteiligung an den Erschließungskosten für das Bauvorhaben in Höhe von 53.250 Euro, begründet mit Investitionen in Infrastruktur wie z.B. Wasseranschlüsse, Kanalisation und Elektrizität, über die sie allerdings seit mehr als einer Dekade verfügen. Darüber hinaus sollen sie auch über 700 ihres 2.335 Quadratmeter großen Grundstücks an den Bauträger abgeben, und zwar genau den Teil des Grundstücks, auf dem gegenwärtig ihr Pool steht und über den die Zufahrt zu ihrem Haus erfolgt. In mehreren Gerichtsverfahren trugen die beiden Briten den Fall bis an das Oberste Landesgericht von Valencia. Ihre Klage wurde jedoch ebenso wie zuvor in allen untergeordneten Instanzen abgelehnt, d.h. es wurde die Rechtskräftigkeit der geforderten Zahlungen und der Landabgabe bestätigt. Das Schicksal der Dickens vom „Alptraum Ferienhaus“¹⁸ stellt beileibe keinen Einzel-

15 Das regionale Baugesetzbuch heißt in spanischer Sprache ‚Ley Reguladora de la Actividad Urbanística, 6/1994, de la Generalitat Valenciana‘ und wurde am 15. November 1994 verabschiedet. Es wird nachfolgend mit den Initialen LRAU abgekürzt und auch als ‚Landerschließungsgesetz‘ bzw. ‚Erschließungsgesetz‘ bezeichnet.

16 LUV ist die spanische Abkürzung für das aufgrund des ersten Vertragsverletzungsverfahrens der Europäischen Union am 01. Februar 2006 in Kraft getretene Gesetzbuch mit dem Namen ‚Ley Urbanística Valenciana‘, welches die Vorschriften von LRAU ablöste.

17 Der Name wurde auf Wunsch der Betroffenen geändert.

18 Titel des von Stefan Meining und Andrea Mocellin gedrehten Berichts über Enteignungen an

fall dar. Unterschiedlichen Angaben zufolge sind zwischen 8.000 und 20.000 Eigentümer¹⁹ von den geschilderten negativen Konsequenzen des Baugesetzes betroffen. Da in der Region und speziell in den betroffenen Küstengemeinden viele hunderttausend Deutsche, Briten und andere Nord- und Mitteleuropäer selbstgenutzte Immobilien besitzen, trifft die Anwendung des Gesetzes primär ausländische Immobilienbesitzer, zu einem Großteil Rentner und Pensionäre²⁰.

Die hier stark vereinfacht dargestellte Rechtslage wird von den Gegnern des Gesetzes kritisiert, während die Befürworter sie verteidigen. Der von den Betroffenen erlebte Problemdruck rief einen scharfen politischen Konflikt hervor, der von kulturellen Interpretationen und Abgrenzungen bestimmt wird, die sich aus der alltäglichen Lebenserfahrung in Spanien speisen und auf vermeintlich eindeutige Grenzen zwischen Einheimischen und Ausländern verweisen. Das Unverständnis über die zentralen Prinzipien von LRAU speist sich dabei aus zwei unterschiedlichen Quellen: Einerseits ist es die konkrete Empörung über den drohenden Landverlust sowie die geforderten Zahlungen an den Bauträger, welche die Immobilieneigentümer erzürnen. Andererseits manifestiert sich über die konkreten persönlichen Schicksale hinausgehend vor allem bei den meist ausländischen Betroffenen ein tiefgreifendes Unverständnis über die zentralen Prinzipien der städtebaulichen Erschließung in der Autonomen Gemeinschaft von Valencia. Dieses steht für eine deutliche Divergenz des Wertekanons in Bezug auf die räumliche Entwicklung der Region sowie die Gestaltung der physisch-materiellen Lebensumwelt und bricht im Konflikt um die Anwendung des Gesetzes entlang an der Herkunft markierter und vermeintlich eindeutiger ‚kultureller Grenzen‘ auf.

Die beiden Aspekte bildeten den Nährboden für einen Protest, der sich ab dem Jahr 2002 kanalisierte und untrennbar mit der von ausländischen Immobilienbesitzern gegründeten Bürgerinitiative *Abusos Urbanísticos No* verbunden ist. In dieser NGO schlossen sich betroffene Eigentümer zusammen und forderten die Politiker zu einer Änderung des Gesetzes auf. Über die Etablierung eines machtvollen Protests gegen die regionalen Spezifika der Baulanderschließung in der Autonomen Gemeinschaft von Valencia hinausgehend gelang der Bürgerinitiative auch eine De-Lokalisierung des Konflikts. So wurden intensive Kontakte zu den diplomatischen Vertretern der übrigen EU-Staaten in Spanien aufgebaut, eine ganze Reihe von Petitionen beim Europäischen Parlament eingereicht und verteidigt sowie Klagen beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg platziert. Unter Rückgriff auf die europäischen Institutionen gelang es der

der spanischen Mittelmeerküste, der am 19. Juli 2004 von der ARD in der Sendung ‚report‘ ausgestrahlt wurde.

- 19 Die erste Zahl gibt die Angaben des valenzianischen Bau- und Raumordnungsministeriums wieder und wurde in einem persönlichen Interview von der Staatssekretärin bestätigt. Die zweite Zahl wird von der sich gegen die vermeintlichen Missbräuche gegründete Bürgerinitiative vertreten. In der regionalpolitischen Debatte wird permanent auf etwa 15.000 Geschädigte verwiesen.
- 20 Aus diesem Grund rät das britische Außenministerium offiziell davon ab, in der Autonomen Gemeinschaft von Valencia Immobilien zu erwerben. Auch die deutsche Botschaft in Madrid verweist in einer Informationsbroschüre auf die ausgeprägten Gefahren.

auf mehr als 15.000 Mitglieder angewachsenen Lobbygruppe *Abusos Urbanísticos*, das fragwürdige Baugesetz im Dezember 2005 zu kippen. Aufgrund der Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens der Europäischen Kommission, welches auf die Petition der Bürgerinitiative zurückgeht, sah sich die Regierung der Autonomen Gemeinschaft von Valencia gezwungen, ein neues Baugesetz zu verabschieden, das im Februar 2006 in Kraft trat. Auch dieses wurde nachfolgend von der Europäischen Kommission gerügt, und in zwei weiteren Verfahren bestätigten die Europäische Union im Juni 2007 und zuletzt im März 2009 die geäußerten Kritiken. Dabei entwickelte sich zwischen den EU-Institutionen und der spanischen Regierung ein zunehmend schärferer Ton der Auseinandersetzung: Der letzte Beschluss des EU-Parlaments vom 26. März 2009 rät z.B. der EU-Kommission dringend, aufgrund der mittlerweile als erwiesen betrachteten „endemic form of corruption“ bis auf weiteres die Spanien zustehenden Mittel aus den Strukturfonds der EU einzufrieren, um so den „abuse of rights and obligations enshrined in the EC Treaty, in the Charter of Fundamental Rights, in the ECHR and in the relevant EU Directives, as well as in other conventions to which the EU is a party“ zu beenden (Europäisches Parlament 2009).

Für einen lokalpolitischen Konflikt um die Nutzung von (Bau-)Grundstücken stellt die Einbeziehung der europäischen Institutionen eine äußerst unübliche Methode der De-Lokalisierung dar und ist daher von besonderem theoretischem Interesse. Zudem fällt im Rahmen des Protests auch die sukzessive Etablierung von politischen Mechanismen und Strategien auf, welche sich auf ‚kulturelle‘ Identitäten beziehen, den in erster Linie ökonomischen Konflikt so in ein ‚identitätspolitisches Terrain‘ übertragen und diesen unter dem Bezug auf ‚kulturell‘ markierte Ein- und Ausschließungsprozesse sowie gruppenspezifische Grenzziehungen identitäts-politisch aufladen. Die Ausblendung möglicher Differenzen anhand von kollektiv geteilten Identitätskonstruktionen ermöglicht der Bürgerinitiative die Formierung einer schlagkräftigen politischen Handlungsbasis und lässt sie zu einem bedeutenden politischen Akteur aufsteigen. Der Rekurs auf identitätspolitische Aspekte, der vermeintlich starre kulturelle Grenzen zwischen den ‚Einheimischen‘ und den vom Gesetz betroffenen ‚Ausländern‘ reproduziert und reifiziert, gleichzeitig aber auch neu erfindet und beständig umformuliert, bezieht sich insbesondere auf unterschiedliche Konstruktionen von Europa sowie europäische Identitäten und entwickelt sich sowohl in der politischen Auseinandersetzung als auch gruppenspezifisch zu einem zentralen Aspekt des sozialen Felds der valenzianischen Baupolitik.

Forschungen, die den Zusammenhang von Kultur und Identitätspolitik als soziale Praxis behandeln und sich mit individuellen und kollektiven Handlungsstrategien, Bedeutungszuweisungen und Sinngebungsprozessen beschäftigen, müssen in ihrem Kern auf interpretativ-verstehenden Verfahren aufbauen und insbesondere an Subjekte gebundene Praktiken zur zentralen Analysekategorie erheben. Die Rekonstruktion des vorliegenden Konflikts sowie die Interpretation sozialer Praxis und identitätspolitischer Verortungen erfolgt demnach primär anhand der Analyse von individuellen Erzählungen über die Praxis der Akteure im Konflikt um die Abschaffung des Baugesetzbuches der Autonomen Gemein-

schaft von Valencia²¹. Der vorliegende Konflikt lässt sich demnach als eine Auseinandersetzung lesen, bei der in einer von freizeitorientierter Altersmigration geprägten Region teils diametral gegensätzliche Vorstellungen über die Verwertungsmechanismen von Landschaft und speziell des Bauerwartungslandes aufeinanderprallen. Diese Auffassungen über lokale und regionale Entwicklungspfade weisen auf unterschiedliche Politikstile hin, die sich besonders entlang einer spezifischen sozialen Variablen entzünden, nämlich der Herkunft. Neben dieser kulturell (und im Diskurs bisweilen sogar ethnisch) interpretierbaren Dimension handelt es sich aber auch um einen Konflikt, der klare Anzeichen einer typischen Auseinandersetzung zwischen gesellschaftlichen Gruppen besitzt, deren Überzeugungen auf unterschieden Weltbildern und Vorstellungen basieren und bei denen die Zugehörigkeit zu einer national definierten Einheit zunächst zweitrangig ist. Theoretisch lässt sich der Konflikt daher aus zwei Perspektiven lesen, die in der vorliegenden Arbeit miteinander verschränkt werden. Einerseits liegt eine Konzeption des Konflikts nahe, die auf die vermeintlich präzise bestimmbareren gesellschaftlichen Differenzen zwischen den unterschiedlichen Konfliktparteien rekurriert und die unterschiedlichen Wege und Handlungsweisen in der Auseinandersetzung diskutiert. Hierzu bietet sich eine Lesart an, die auf der *Theorie der Praxis* des französischen Sozialtheoretikers Pierre Bourdieu aufbaut und den Konflikt als ein Aufeinandertreffen unterschiedlicher Habitus-Dispositionen interpretiert. Unter dem Einsatz verschiedener Kapitalsorten agieren die beteiligten Konfliktparteien dementsprechend auf dem sozialen Feld der valenzianischen Baupolitik und tragen eine Auseinandersetzung aus, in dem der Einsatz der spezifischen Mittel und die Interpretation der Konfliktsituation durch den Habitus der involvierten Akteure strukturiert wird. Das Konzept des Habitus sowie Bourdieus praxistheoretische Verortungen können viele Aspekte des Kampfes um die Abschaffung des valenzianischen Baugesetzes erklären und verständlich machen. Das besondere an dem vorgestellten Konflikt sind jedoch gerade seine transnationalen Dimensionen, die sich sowohl in den regionalen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen (d.h. die transnationale Ruhesitzwanderung) als auch in der konkreten Transnationalisierung der angewendeten Mittel (d.h. die De-Lokalisierung des Konflikts unter Bezug auf europäische Institutionen) äußert. Dies beinhaltet einen permanenten Bezug der involvierten Akteure auf kollektiv und individuell unterschiedlich interpretierte Konstruktionen von europäischen Identitäten. Konsequenterweise lässt sich der Konflikt demnach als eine gesellschaftliche Auseinandersetzung interpretieren, in der eine ursprünglich habituell verankerte Situation permanent kulturell interpretiert wird. Die so artikulierten Identitäts- und Differenzkonstruktionen lassen sich als ein zentrales praktisches Kapital in der politischen Auseinandersetzung bewerten, das sich auf unterschiedliche Dimensionen europäischer Identität bezieht.

21 Die Analyse von persönlichen Interviews stellt zusammen mit öffentlichen Statements (z.B. auf politischen Veranstaltungen, in Ausschusssitzungen oder bei Parlamentsdebatten) die Grundlage der empirischen Arbeit während der Konfliktanalyse dar. Eine vertiefende Darstellung der methodischen Umsetzung der Konfliktanalyse im vorliegenden Band vgl. Kapitel 5).

Aufbau des Bandes

Der vorliegende Band gliedert sich in sechs Kapitel unterschiedlicher Länge und Konzeption. Die nachfolgenden beiden Kapitel besitzen zunächst einen primär theoretisch-konzeptionellen Charakter und bauen das sozialtheoretische Gerüst der vorliegenden Untersuchung auf. Dieser Rahmen wird zur Vorbereitung der späteren theoriegeleiteten Konfliktanalyse dann im vierten Abschnitt methodisch operationalisiert und präzisiert, ehe in den Kapiteln 5 und 6 der entwickelte theoretische Rahmen zur Analyse räumlicher Nutzungskonflikte auf die zuvor angerissene Auseinandersetzung um die Planungspraxis in Spanien übertragen wird. Im Schlusskapitel erfolgt dann eine theoriegeleitete Interpretation, welche in einen Ausblick auf die sozialgeographische Untersuchung räumlicher Nutzungskonflikte mündet.

Im Detail wird im Kapitel 2 die sozialtheoretische, d.h. die praxistheoretische Perspektive des vorliegenden Bandes entwickelt und kritisch diskutiert. Sie baut auf Pierre Bourdieus Theorie der Praxis auf, entwickelt diese aber entscheidend weiter und operationalisiert so eine „Theorie sozialer Praxis im Konflikt“. Hierzu wird die Praxistheorie unter dem Rückgriff auf Überlegungen Michel de Certeaus zu der Unterscheidung sozialer Praktiken in Taktiken und Strategien zunächst erweitert. In einem zweiten Schritt erfolgt dann die Entwicklung eines Rahmens, der radikale politische Partizipation auf habituelle Dispositionen zurückführt und mit den Begriffen des „radikalen Habitus“ und des „europäischen Habitus“ eine Operationalisierung Bourdieus Theorie sozialer Praxis für den vorliegenden Konflikt vorschlägt. Das Kapitel 3 dient danach zur Vertiefung der theoretischen Konzeption dieser Arbeit, indem die Bedeutung von identitätspolitischen Positionierungen und die ihnen immanenten Brüche und Widersprüche unter Rückgriff auf konzeptionelle Überlegungen aus der kulturtheoretischen Debatte sowie der jüngeren angelsächsischen Diskussion um die Bedeutung von Skalen, Orten und Netzwerken diskutiert werden. Politische Identitäten und Identitätspolitiken werden als konstitutive Prozesse der Vergemeinschaftung bewertet, durch welche die Parteien im Konflikt ihre Handlungsfähigkeit erst erzeugen. Im Anschluss an die Diskussion der Rolle von Identitäten für die Erzeugung gruppenspezifischer Zugehörigkeit werden die spezifischen Prozesse der Vergemeinschaftung an den Beispielen der Nation und auch Europas vertiefend diskutiert, was in die Analyse der Bedeutung und Rolle europäischer Identitäten mündet. Dies mündet in ein Zwischenfazit, welches primär dazu dient, die beiden Perspektiven sozialtheoretischer und kulturtheoretischer Herkunft zusammen zu führen und so das Theoriegebilde für den vorliegenden Nutzungskonflikt zu perpetuieren.

Im nachfolgenden vierten Abschnitt wird dann die Frage diskutiert, wie der vorliegende theoretische Rahmen auf eine empirische Untersuchung, die sich primär als kritische Rekonstruktion und Interpretation des Konflikts versteht, übertragen werden kann. So wird zur empirischen Analyse übergeleitet, die in zwei Schritten erfolgt: Erstens wird in Kapitel 5 der gesellschaftspolitische Rahmen skizziert, in dem sich die Konfliktanalyse bewegt, inklusive der Vorstellung des valenzianischen Baugesetzbuches mit seinen sozialen und ökonomischen

Konsequenzen. Dieser Abschnitt dient zur Schärfung des Verständnisses für die Beweggründe der politischen Protestbewegung. Im nachfolgenden Kapitel 6 wird dann die Protestbewegung aus unterschiedlichen Perspektiven analysiert: Zunächst erfolgt eine Rekonstruktion der Konfliktbiographie, die als Analyse des sozialen Felds der Baupolitik in der Region Valencia angelegt ist und Verweise auf die praxistheoretischen Konzeptionen beinhaltet. Anschließend werden zentrale Identitätskonstruktionen in den Mittelpunkt der Interpretationen gestellt, und zwar zunächst im Konflikt um die Abschaffung des Baugesetzes sowie danach in einem Konflikt um ein konkretes Bauvorhaben in einer Gemeinde. Im abschließenden siebten Abschnitt erfolgt dann eine theoriegeleitete Debatte, welche die vorgestellten theoretischen Grundlagen vor dem Hintergrund der empirischen Untersuchung reflektiert und die in diesem Band entwickelte Theorie zur Untersuchung räumlicher Nutzungskonflikte präzisiert. Dabei wird auch ein Ausblick auf die transdisziplinären Anschlussmöglichkeiten der in diesem Band vorliegenden Verschränkung sozialtheoretischer und kulturtheoretischer Perspektiven in Bezug auf die konzeptionelle Weiterentwicklung der Sozialgeographie gelegt.